



Alternativen zur Steuerpolitik der Großen Koalition

Eine Zwischenbilanz:
Wer verliert? Wer gewinnt?

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Die Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD greift richtig zu und richtig tief in die Taschen der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen.

Die in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte wird gerade die Menschen, die von kleinen Einkommen und Sozialleistungen leben müssen, zusätzlich belasten. Auf Binnennachfrage und Wachstum wirkt die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung kontraproduktiv.

Die Haushaltskasse jedoch füllt sich jährlich um zusätzliche 22 Milliarden. Euro. Die Kürzung der Pendlerpauschale spült allein im kommenden Jahr erquickliche 1,2 Milliarden Euro in die Staatskasse. Zweifellos benötigt der Haushalt Einnahmen, diese Regierung kassiert leider kaum oder gar nicht bei den großen Unternehmen, den Vermögenden, den reichen Erben. Mit der geplanten Unternehmenssteuerreform beabsichtigt die Große Koalition auf schätzungsweise 5–10 Milliarden. Steuereinnahmen aus den großen Unternehmen zu verzichten. Positive Auswirkungen auf Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze sind so auch von dieser Reform nicht zu erwarten.

Steuergerechtigkeit ist ein Verfassungsgrundsatz, der sich im mangelnden Mut der Regierung zu gerechterer Verteilung verliert. Für mehr Arbeitsplätze, stabile Konjunktur, wachsende Binnennachfrage, für Mindestlöhne und soziale Standards muss umgesteuert werden. Die Fraktion DIE LINKE. streitet für einen Verzicht auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer, für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, für eine sozial gerechte Reform der Erbschaftssteuer, für mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Barbara Höll

Dr. Barbara Höll
Stellvertretende Vorsitzende und steuerpolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Die Steuer- und Finanzpolitik à la CDU-SPD ist nicht nur ungerecht, sie ist auch volkswirtschaftlich widersinnig. »Steuerentlastungen machen den »Standort Deutschland« fit und kurbeln die Wirtschaft an«, so die Lebenslüge der herrschenden Finanzpolitik. Übersehen wird: Nach der letzten massiven Unternehmensteuersenkung im Jahr 2000 gab es trotz Rekordgewinnen keinen Aufschwung, sondern eine lang anhaltende Rezession. Weitere Steuersenkungen

werden eine neue Runde im internationalen Steuer-Wettlauf nach unten einläuten. Und schließlich: Im internationalen Vergleich ist der »Standort Deutschland« schon fit – Arbeitslosigkeit über weitere Exportüberschuss-Rekorde abbauen zu wollen, heißt, unsere Probleme auf Kosten unserer Nachbarn zu lösen. Höchste Zeit also für eine andere Politik. Für eine Finanzpolitik, die nicht auf ungerechte und volkswirtschaftlich widersinnige Rezepte von gestern setzt, sondern die aktiv gestaltet, die Lasten gerecht verteilt und die Geld in die Kassen bringt – auch um damit zusätzliche Beschäftigung zu fairen Bedingungen durch Zukunftsinvestitionen, bessere Bildung oder mehr soziale Angebote zu schaffen.

Dr. Axel Troost
Finanzpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Ein Jahr CDU-SPD-Steuerpolitik – Zeit für eine erste Zwischenbilanz. Auf den folgenden Seiten haben wir die wichtigsten steuerpolitischen Änderungen der Regierung Merkel/Müntefering zusammengestellt, damit Sie sich selbst informieren können.

CDU und SPD greifen Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche

Ab Januar 2007 kommen auf die Bürgerinnen und Bürger massive finanzielle Belastungen zu – größtenteils Folge der Mehrwertsteuererhöhung und des »Steueränderungsgesetzes 2007«. Beides wurde bereits von den CDU/CSU- und den SPD-Abgeordneten beschlossen.

Mehrwertsteuererhöhung

Mehrbelastung laut Bundesregierung: rund 22.000 Millionen Euro (davon werden 7.500 Millionen Euro für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verwendet).

Betroffen von der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent sind fast alle Waren und Dienstleistungen: von der Handwerkerrechnung, über den Autokauf bis zum Einkauf im Warenhaus. Zwar wird eine Waschmaschine künftig nur zehn bis zwanzig Euro mehr kosten, doch die Kleinbeträge läppern sich: Ein Durchschnittshaushalt mit vier Personen muss mit jährlichen Mehrkosten von mehr als 500 Euro rechnen.

Rentnerinnen und Rentner, Studierende oder Hartz-IV-Bezieher profitieren nicht von der im Gegenzug stattfindenden Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Das »Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung« hat ausgerechnet: Allgemein sind Menschen mit niedrigem Einkommen von dem »Mehrwertsteuer-Maßnahmenpaket« anteilmäßig weitaus stärker betroffen als Menschen, die in besseren Verhältnissen leben. Für alle Haushalte entspricht die Mehrwertsteuererhöhung einer Einkommensenkung, weil die Kosten steigen – dabei werden die Einkommen des oberen Zehntels der Einkommensempfänger um 0,6 Prozent, die des unteren Zehntels aber um 1,4 Prozent verringert (»Frankfurter Rundschau«, 25.11.2005).

Kürzung Entfernungspauschale und Absetzbarkeit Arbeitszimmer

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 2.500 Millionen Euro (Entfernungspauschale), 300 Millionen Euro (Arbeitszimmer).

Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sollen für Entfernungen bis 20 Kilometer nicht mehr als Werbungskosten oder Betriebsausgaben steuerlich absetzbar sein. Eine ledige Pendlerin mit einem durchschnittlichen Einkommen, die 30 Kilometer Fahrweg zur Arbeit hat, muss rund 400 Euro mehr Einkommensteuer im Jahr zahlen.

Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer werden nur noch als Werbungskosten oder Betriebsausgaben berücksichtigt, wenn das Arbeitszimmer der Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit ist. Betroffen davon sind zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Menschen, die überwiegend außer Haus arbeiten, aber ein häusliches Arbeitszimmer benötigen, um ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. Das sind zum Beispiel Vertreterinnen und Vertreter.

Reduzierung Sparerfreibetrag

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 750 Millionen Euro.

Der Sparer-Freibetrag wird von 1.370/2.740 Euro für Ledige/Verheiratete auf 750/1.500 Euro gesenkt. Durch diese Reduzierung des Sparerfreibetrages wird auch die private Altersvorsorge bestraft. Dies geschieht in Zeiten, da in die gesetzliche Altersvorsorge immer größere Löcher gerissen werden.

Senkung der Altersgrenze für Kindergeld oder Kinderfreibetrag

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 534 Millionen Euro.

Kindergeld wird – gekürzt um zwei Jahre – nur noch bis zum 25. Lebensjahr gezahlt. Gleiches gilt für den Kinderfreibetrag. Diese Kürzung geschieht, obwohl das Alter von Hochschulabsolventen meist deutlich über 25 Jahre liegt.

Abschaffung der teilweisen Steuerfreiheit von Abfindungen, in Kraft seit 1.1.2006

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 400 Millionen Euro.

In Zeiten, da Unternehmen mit weiteren Massenentlassungen drohen, bedeutet dies, dass davon vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sind, für die eine Abfindung die Zeiten der Arbeitslosigkeit zumindest zum Teil abfedern kann oder Teil der Altersvorsorge ist. Gewinne aus Betriebsveräußerungen und -aufgaben, die ebenfalls oft zur Altersabsicherung genutzt werden, werden aber gleichzeitig ermäßigt besteuert.

»Reichensteuer«

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 250 Millionen Euro.

Hinter dem Etikett »Reichensteuer« verbirgt sich eine Anhebung des Einkommensteuer-Spitzensatzes von 42 Prozent auf 45 Prozent für Einkommen ab 250.000 Euro bei Ledigen und 500.000 Euro bei Verheirateten. Weil Gewinneinkünfte angenommen sind, werden faktisch nur einige wenige Top-Angestellte

die »Reichensteuer« zahlen müssen. Selbst für die macht die Erhöhung auf 45 Prozent nicht einmal die Steuersenkungen der letzten Jahre wett – im Jahr 2000 lag der Spitzensteuersatz noch bei 51 Prozent. Deswegen bringt die »Reichensteuer« kaum Geld in die öffentlichen Kassen, verglichen z.B. mit den Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung oder der Kürzung der Pendlerpauschale (siehe Grafik). Die »Reichensteuer« sei »Symbolpolitik«, gab selbst Bundeswirtschaftsminister Glos in der Sendung »Sabine Christiansen« zu – soziale Ausgewogenheit soll nicht Fakt, sondern vorgegaukelt werden.



Die »Reichensteuer« bringt kaum Geld in die Kassen – gerade 250 Millionen Euro. Auf das Zehnfache, nämlich 2.500 Millionen Euro, belaufen sich die Mehrbelastungen für Bürgerinnen und Bürger durch die Kürzung der Pendlerpauschale. Die Mehrwertsteuererhöhung schlägt gar mit 22.000 Millionen Euro zu Buche – denen aber 7.500 Millionen Euro Entlastung durch sinkende Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gegengerechnet werden müssen.

Die Große Koalition beschenkt die Konzerne

Bereits beschlossen wurden Abschreibungserleichterungen für Unternehmen, die seit Januar 2006 gelten. Ab Januar 2008 sollen mit der »Unternehmenssteuerreform 2008« weitere Steuergeschenke folgen. Eckpunkte für diese Reform hat das Kabinett Merkel/Müntefering schon verabschiedet, die genaue Ausgestaltung wird noch diskutiert.

Verbesserung Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen

Entlastung laut Bundesregierung: 2.400 Millionen Euro.

Die Ausweitung der degressiven Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter seit Januar 2006 soll zu mehr Investitionen führen – die Wirkung auf Investitionen und Arbeitsplätze ist umstritten, die Steuerentlastung hingegen wird von den Unternehmen auf jeden Fall mitgenommen, auch wenn sie ohnehin investieren wollten.

Unternehmenssteuerreform

Entlastung laut Bundesregierung: 5.000 Millionen Euro, laut Jarass-Gutachten: 10.000 Millionen Euro.

Merkel und Müntefering wollen die Unternehmenssteuern grundlegend umgestalten. Unabhängig von allen Details: Die Bundesregierung peilt insgesamt eine Steuersenkung für Unternehmen »auf mittlere Sicht« von 5.000 Millionen Euro an. Der renommierte Finanzwissenschaftler Prof. Lorenz Jarass hat für Fraktion DIE LINKE. nachgerechnet: Der von der Bundesregierung vorgelegte Maßnahmenkatalog führt zu Entlastungen von 10.000 Millionen Euro (»Frankfurter Rundschau«, 22.9.2006).

Das Maßnahmenpaket sieht derzeit unter anderem vor:

Absenkung der Körperschaftsteuer-Sätze: Von derzeit 25 Prozent auf etwa 12 bis 16 Prozent. Gewinner sind überwiegend große Unternehmen.

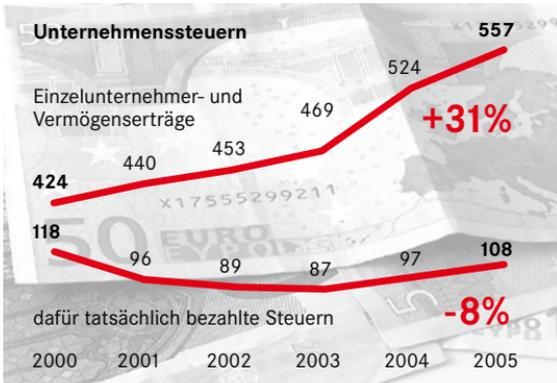
Abschaffung der Erbschaftsteuer auf vererbte Unternehmen, wenn das Unternehmen mindestens zehn Jahre weitergeführt wird. Gewinner sind überwiegend Erben kleinerer und mittlerer Unternehmen. Offizielle Begründung: Die derzeitige Erbschaftsteuer gefährde angeblich die Unternehmens-Existenz, wenn sie vererbt werden. Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. musste die Bundesregierung aber eingestehen: Sie hat keinerlei Beleg für diese Behauptung!

Einführung Kapitalabgeltungsteuer: Einkommen aus Kapital – also z.B. aus Zinsen und Dividenden – sollen generell mit 25 Prozent besteuert werden und damit nicht mehr mit dem individuellen Einkommensteuersatz. Der liegt derzeit je nach Höhe des Gesamteinkommens zwischen 15 Prozent und 42 Prozent. Damit werden Menschen mit hohem Gesamteinkommen entlastet, mit niedrigem Gesamteinkommen belastet – sofern sie überhaupt ein Einkommen aus Kapital haben.

Die Fraktion DIE LINKE. zieht Bilanz

CDU und SPD erhöhen die Steuern überwiegend für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dem stehen massive Senkungen der Unternehmenssteuern gegenüber.

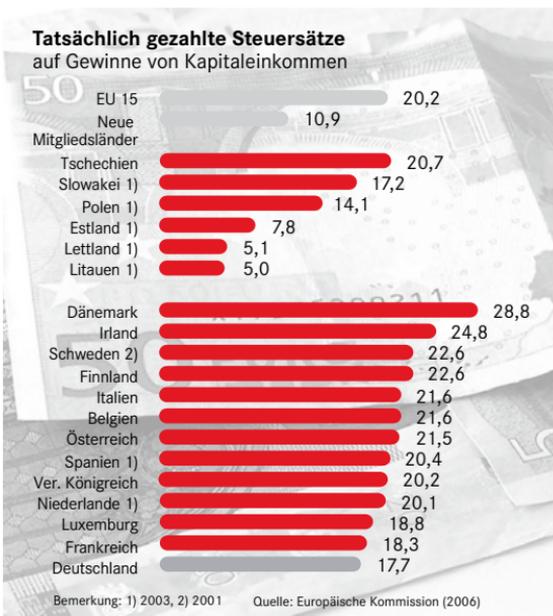
Damit setzt die Große Koalition die ungerechte und volkswirtschaftlich widersinnige Steuerpolitik der letzten Jahre fort. Bereits die Regierung Schröder hatte Steuern insbesondere für Menschen mit hohem Einkommen und Unternehmen massiv gesenkt. Durch diese Steuergeschenke – Senkung des Spitzensteuersatzes und der Körperschaftsteuersätze, Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen – verzichtet der Staat schon heute auf jährlich gut 20.000 Millionen Euro. Die Folge: Gegenwärtig stehen Rekord-Gewinnen nur mäßige Steuerzahlungen aus diesen Gewinnen gegenüber. Einzelfälle zeigen, dass Unternehmen trotz satter Gewinne teilweise gar keine Steuern zahlen. Auch die Statistiken belegen, dass seit dem Jahr 2000 Gewinne und Vermögenserträge um 31 Prozent gestiegen, die entsprechenden Steuereinnahmen aber um acht Prozent gesunken sind (siehe Grafik). CDU und SPD wollen diese Schieflage verstärken.



Quelle: Frankfurter Rundschau vom 22.9.2006

Beispiel Merck: Durch den Verkauf ihrer Beteiligung erhielt die Merck KGaA in diesem Jahr für ihr Schering-Aktienpaket rund 3.700 Millionen Euro. Ein Spekulationsgeschäft, bei dem Merck einen außerordentlichen Gewinn von rund 400 Millionen Euro einfahren konnte. Dieser Gewinn war steuerfrei. In Deutschland muss kein Unternehmen Steuern bezahlen, wenn es Gewinne aus Anteilsveräußerungen an Kapitalgesellschaften zieht. Das hatten SPD und Grüne so beschlossen. CDU und SPD gedenken, es so beizubehalten und verzichtet damit auf rund 2.200 Milliarden Euro Steuereinnahmen jährlich.

Weitere Folge der Steuersenkungspolitik der vergangenen Jahre: Faktisch ist Deutschland im westeuropäischen Vergleich für Unternehmen bereits ein Niedrigsteuerland. Zwar sind die tariflichen Steuersätze tatsächlich hoch, aber umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten und Befreiungen (z.B. Verlustverrechnungen) ermöglichen, den zu versteuernden Gewinn kleinzurechnen. Daher fallen die relativ hohen Steuersätze nur auf einen Teil des tatsächlichen Gewinns an. Zahlen der EU-Kommission in der Grafik unten zeigen: Mit 17,7 Prozent sind die in Deutschland tatsächlich gezahlten Steuern auf Gewinne der großen Unternehmen und auf Kapitaleinkommen sind im europäischen Vergleich niedrig – schon vor der von CDU und SPD geplanten zusätzlichen Unternehmenssteuersenkung.



Umsteuern, umverteilen – das fordert DIE LINKE.

Die steuerlichen **Gewinne der Unternehmen** sind realitätsnah und umfassend zu ermitteln, Steuerbefreiungen und -gestaltungen sind entsprechend abzuschaffen. Unternehmensgewinne, die im Inland erwirtschaftet werden, sind in vollem Umfang der inländischen Steuer zu unterwerfen. Gewinne auf Veräußerungen von Anteilen an Kapitalgesellschaften werden voll besteuert.

Der **Körperschaftsteuersatz** wird nicht gesenkt.

Gegen **Steuerwettbewerb** und **Steuerdumping** wird konsequent vorgegangen.

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuer** ist so zu reformieren, dass erhebliche steuerliche Mehreinnahmen möglich sind und eine gleichmäßigere Vermögensverteilung erreicht wird.

Die **Vermögenssteuer** wird reformiert und wieder erhoben. Einkünfte aus **Kapitalvermögen** werden effektiver erfasst, Veräußerungsgewinne sind in vollem Umfang steuerpflichtig.

Der **Spitzensteuersatz** ist für alle Einkunftsarten gleichermaßen auf 50 Prozent anzuheben. Damit beteiligen sich Menschen mit höheren Einkommen in wesentlich größerem Umfang an der Finanzierung des Gemeinwesens als Menschen mit mittleren und geringen Einkommen.

Steuerbefreiungen werden abgeschafft. Aufwendungen, die dem Erwerb, der Sicherung und Erhaltung der Einnahmen dienen, sind weiterhin vom Einkommen der Steuerpflichtigen abzusetzen. Das kann u.a. durch Kostenpauschalen geschehen.

Das **steuerfreie Existenzminimum** muss realitätsbezogen auf mindestens 8.500 Euro jährlich angehoben werden. Eine unabhängige Kommission soll regelmäßig die Höhe des steuerfreien Existenzminimums prüfen.

Das **Ehegattensplitting** ist in eine Freibetragsregelung zur steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen bis in Höhe des steuerfreien Existenzminimums umzuwandeln. Dadurch wird das Einkommensteuerrecht individualisiert.

Das **Kindergeld** ist für alle Kinder auf 250 Euro monatlich anzuheben. Die Bezugsdauer bis zum 27. Lebensjahr wird beibehalten. Für Kinder, deren Eltern über ein geringes oder kein Einkommen verfügen, ist das Kindergeld sofort bis zur Höhe des Existenzminimums anzuheben.

Kosten der **Kinderbetreuung** werden bis zu einem Höchstbetrag von 2.100 Euro jährlich zur Hälfte erstattet.

Das zu versteuernde **Einkommen** wird realitätsnah ermittelt. Gestaltungsmöglichkeiten mit Subventionscharakter sind zu streichen. Ausgaben der privaten Lebensführung können nicht abgezogen werden.

Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Betriebsstätte der Steuerpflichtigen gelten weiterhin als **Werbungskosten**.

Nützliche Links

Weitere Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. finden Sie online unter www.linksfraktion.de
Unter www.linksfraktion.de/newsletter.php können Sie den elektronischen Newsletter u.a. zum Thema »Steuern und Finanzen« abonnieren. Der Arbeitskreis »Solidarische Einfachsteuer«, in dem u.a. Vertreter von attac, von Gewerkschaften und kritische Wissenschaftler mitarbeiten, hat ausführliche steuerpolitische Alternativkonzepte entworfen. Sie sind dokumentiert unter: **wipo.verdi.de/dokumente**

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de